

Biebricher Tagespost

Biebricher Neuere Nachrichten.

Biebricher Tagblatt.

Biebricher Lokal-Anzeiger.

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: durch die Boten frei ins Haus gebracht 85 A monatlich. Bezugsarten, für 4 Nummern gültig, 10 A. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Amtliches Organ der Stadt Biebrich

Anzeigenpreis: Die einsp. Colonnenzeile 20 A. Bei Wiederholungen Rabatt. Day- u. Tagortanzeigen ohne Verbindlichkeit. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Guido Seidler, für d. Redakteur u. Anzeigenstellende für den Druck und Verlag Paul Jorjisch, in Biebrich.

Rotations-Druck u. Verlag der Hofbuchdruckerei Guido Seidler in Biebrich.

Gernsprecher 41. — Redaktion und Expedition: Biebrich, Rathausstraße 16.

№ 9.

| Freitag, den 11. Januar 1918.

Postfachstelle
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

57. Jahrgang.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 9. Januar. Heute vormittag um 11 Uhr fand eine Besprechung statt, an der sämtliche Delegationen und die ukrainischen Vertreter teilnahmen. Der Großfürst Taisa Batka eröffnete die Sitzung und übergab den Vorsitz an den Staatssekretär u. A. H. Mann.

Staatssekretär v. Rühlmann nahm darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

Die für die bisherigen Sitzungen maßgebenden Formalien werden, wie ich annehme, mit allgemeiner Zustimmung auch weiter als maßgebend betrachtet werden. Da in der Zusammenkunft einzelne Delegationen Veränderungen vorgenommen sind, erscheint es mir überflüssig, am Beginn unserer Arbeiten einen kurzen Rückblick auf die

Vergangene und den bisherigen Gang der Verhandlungen zu werfen.

Die gegenwärtige russische Regierung hat am 28. November 1917 durch einen von allen gerichteten Ausspruch unter Mitteilung gewisser Bedingungen ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Kriegführenden in Friedensverhandlungen einzutreten. Darauf hat der deutsche Reichskanzler Herr Dr. Graf Hertling in seiner programmatischen Ansprache vor der Volksversammlung des deutschen Reichstags am 29. November 1917 erklärt:

„Die russische Regierung hat gestern von Zarstole Sie aus dem von dem Bolschewik für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Trotski, und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommission, Herrn Lenin, unterzeichnetes Manifestentwurf an die Regierungen der Kriegführenden in den Händen der Reichsregierung überreicht, zu einem neuen Termin in Verhandlungen über den Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich werde nicht an zu erinnern, daß in den bisher bekannt gewordenen Bedingungen der russischen Regierung dissonante Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen enthalten sind, die wir nicht annehmen können. In solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu Bereitwilligkeit erweist, ist für uns und für die Befreiungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.“

Die leitenden Staatsmänner der anderen Verbündeten gaben dem Sinne nach gleiche Erklärungen ab.

Am 3. Dezember 1917 begannen die Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 15. Dezember durch Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags erfolgreich zu Ende geführt worden sind. Gemäß der Bestimmung dieses Vertrags im Artikel 9: „Die verhandelnden Parteien werden in unmittelbarem Anschluß an die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags in Friedensverhandlungen eintreten“, entstanden die Verhandlungen der russischen Regierung am 22. Dezember 1917 die Friedensverhandlungen begannen. Die Verhandlungen in zwei abwechselnde Teile: In eine erste Phase über die Möglichkeit eines allgemeinen Friedens und in eine zweite Phase über die Bedingungen, die unter allen Umständen zwischen den Mächten des Bismarck und der russischen Regierung zur Erreichung gestellt werden müßten. Die von der russischen Delegation in der Sitzung vom 25. Dezember 1917 vorgelegten Vorschläge sind, wie eine technische Unterbrechung der Verhandlungen ein „Punkt nach der russischen Erklärung der Mächte, deren Regierungen den geordneten Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden sich nicht anschließen könnten, die Möglichkeit hätten, während mit den jetzt aufgestellten Prinzipien eines deutschen Friedens sich bekannt zu machen. Nach der auf der beidseitigen Front müßte die Verhandlung erneuert werden, abgesehen davon, ob und wieviel freigelegende Staaten sich an den Verhandlungen beteiligen.“

Die 2. Sitzung am 4. Januar 1918 mit erneuter Abhaltung. Die verbündeten Regierungen haben darauf nachfolgenden gemeinsamen Beschluß durch Ausspruch verbreitet, nachdem ihnen bekannt geworden war, daß von den Regierungen der Entente irgendwelche unzulässige Einschüchterungen nicht eingegangen sind:

„In ihrer Antwort auf die Vorläufe der russischen Delegation hat die Delegation des Bismarck am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Punkte für den Abschluß eines allgemeinen Friedens ausgesprochen. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung hatten sie die Gültigkeit der Punkte ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche an der Sache beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist auszusprechen und ohne jeden Vorbehalt zu einer neuen Verhandlung der alle Mächte in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der verbündeten Regierungen war darauf von der russischen Delegation eine zweite Phase der Verhandlungen innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den Bedingungen aufstellten. Grundriss eines allgemeinen Friedens bekanntzugeben und über den Rückblick auf die Friedensverhandlungen einzutreten. Die Delegation der verbündeten Mächte stellt fest, daß die vorliegende Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und daß die anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen einbringen.“

Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die vollständige Berücksichtigung der darin enthaltenen Punkte die entscheidende Voraussetzung für die Aufnahme der Verhandlungen durch alle beteiligten Mächte. Der Ministerpräsident der Verbündeten hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Bericht der Frist sich ergebenden Folgen.

Das Dokument ist hinsichtlich erneuert.

Die nächste Aufgabe unserer Bekanntmachung wäre zunächst, die Bedingungen an dem Punkt wieder aufzunehmen, an dem sie vor Eintritt der Verhandlungen bestanden. Die russische Delegation hat aber durch ein von Herrn Trotski unterschriebenes Telegramm an General Hoffmann diesem mitgeteilt: „Die Regierung der russischen Republik hat es für notwendig, die weiteren Verhandlungen über den Waffenstillstand auf neutralen Boden zu führen und diesen ihrerseits vor, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen.“ Wir hat auch in einem weiteren Telegramm den Wunsch an Herrn Hoffmann, die Verhandlungen in das neutrale Ausland zu verlegen.“

Ich will auf die aus den bisherigen Darlegungen an anderer Stelle schon in den letzten Tagen des Jahres 1917, die es unmöglich gemacht, die Verhandlungen an einem anderen Ort, als Stockholm zu führen, hier nicht näher einzugehen, möchte aber jetzt schon als feststehendes und unabänderliches Faktum

der vier Verbündeten aussprechen, daß sie nicht in der Lage sind, die jetzt hier angefangenen Verhandlungen über einen Waffenstillstand an einem anderen Ort weiterzuführen. Wie schon früher in unerbittlicher Weise dargelegt waren, sie aus Geisteskräfte bereit, die formale Verhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Ort vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß in der Führung einer Verhandlung die Atmosphäre, in der sie sich vollzieht, von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß seit dem Abschluß des Waffenstillstands vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zugefallen hat, was geeignet schien,

Zweifel an der aufrichtigen Willigkeit der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Bismarck zum Abschluß eines allgemeinen Friedens zu gelangen. Ich möchte in dieser Hinsicht verweisen auf den Ton gewisser halbamtlicher Kundgebungen der russischen Regierung gegen Regierungen der Verbündeten, insbesondere auf eine Kundgebung der Petersburger Telegraphen-Agentur, die im Lande als halbamtliches russisches Organ angesehen wird. In dieser Kundgebung — ich will, um meine Rede nicht allzu sehr zu verlängern, für den Augenblick auf die mündliche Weitergabe verzichten, behauptet mir aber, wenn es nötig sein sollte, ihre Weitergabe für den weiteren Verlauf der Diskussion vor — war eine angeblich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 von dem Vorsitzenden der russischen Delegation Herrn Goffe gegebene Äußerung: „unmöglich, wiederzubegeben, die — wie ein Einbild in die Mien steht — lediglich aus der Phantasie des Erzfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen unzulässige Mitteilung hat erhebliche dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnisse zu gefährden.“

Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen könnten, so gründe ich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in besserer Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch des russischen Volkes nach einem dauernden und allgemeinen Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der durchaus leidenschaftlichen, aber auch sehr intelligenten russischen Regierung gemacht haben. Soweit sich aus den vor der Arbeitssitzung geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für so groß, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit vorwiegend die Mächte, die Aufnahme des Krieges im Osten mit einem unheilvollen Folgen für gerechtfertigt zu halten.“

Hierauf folgte der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin.

„Ich habe den Bemerkungen meines deutschen Kollegen nach zu geben: „Bismarck.“

Die Gründe, wegen welcher wir eine Verlegung der Verhandlungen in irgend einen Punkt in ein neutrales Land gar nicht verwirklicht, sind folgende: „Bismarck.“

„Ich will mir nicht hier aus mit direkten Träumen mit uns selbst. Ihren Regierungen zu verbinden, und täglich findet ein Meinungsaustausch von Ihnen mit Bismarck und Wien, von uns mit unseren Regierungen statt. Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden. Noch wichtiger aber als die Grund ist das zweite Motiv: Sie, meine Herren, haben keine Zeit an uns die Einladung für die allgemeinen Friedensverhandlungen ergeben sollen. Wir haben diese angenommen, und wir haben uns auf eine Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf diese Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein reichhaltiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben Ihnen nicht geantwortet, und heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen zum Zweck eines allgemeinen Friedens, sondern eines Separatfriedens zwischen England und dem Bismarck.“

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr eingelegte Gelegenheit geben, hervor zu rufen. Die Regierungen Englands und Frankreichs würden vor und hinter den Rücken alles zu machen, um das Zustandekommen dieses Separatfriedens zu verhindern. Wir möchten uns, den russischen Mächten die Gelegenheit zu liefern, aber wir wären bereit, in einem noch zu bestimmenden Orte die Schwierigkeiten und die Unterzeichnung des Friedensvertrags vorzunehmen.“

Was den materiellen Teil der Verhandlungen anlangt, in dem eine Überstimmung zwischen Ihnen und uns nicht existiert ist, so haben wir uns in der letzten Verhandlung über den Waffenstillstand, diese Fragen aber als noch zu löbenden Komplikationen zu übergeben, welche einer ihrer Arbeiten zu begeben hätte.

Alle vier Mächte sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir einmündlich mit der russischen Delegation bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren von der russischen Delegation von den gleichen Intentionen bezeugen, so werden wir zu einem allgemeinen Friedensvertrage gelangen; wenn nicht, dann werden die Dinge ihren natürlichen Verlauf nehmen — aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation.“

Großfürst Taisa Batka und Ministerpräsident Popov schloßen sich namens der russischen und ukrainischen Delegation den Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann folgende Erklärung ab: „Es liegt mir hier ein Anzahl russische und ukrainische Vorurteile vor, die von dem Vertreter der russischen Regierung und der ukrainischen Obersten Herrschaft, die russischen Reichsminister der deutschen Heeresregierungen und der deutschen Obersten Herrschaft, die russischen Reichsminister der ukrainischen Heeresregierungen an unsere Truppen enthalten. Diese Vorurteile und Äußerungen werden gegen den Geist des ganzen des letzten Armeeabschlusses des Waffenstillstands. Im Namen der deutschen Obersten Herrschaft, die russischen Reichsminister und Äußerungen auf das Entschiedenste protestieren.“

Feldmarschall Leutnant v. Gieseler, Oberst Gieseler und General der Kavallerie Major Bacha schloßen sich diesem Protest im Namen des k. u. k. Armeekorpskommandos, der bulgarischen Obersten Herrschaft und der osmanischen Armeen an. Auf Verlangen des Bolschewik für auswärtige Angelegenheiten Trotski wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Am Brest-Litowsk, 10. Januar. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom Bolschewik veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember 1917 dem tatsächlichen Sachverhalt entspricht. Die von der russischen Telegraphen-Agentur verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russisch bereits als unrichtig bezeichnet.

Die Kriegslage.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers.
Am Berlin, 10. Januar, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Aus dem Ostfront. Tagesbericht vom gleichen Tage.
Ständiger Kriegsschauplatz. Wälsch Aliaga wurde ein feindlicher Angriff abgewiesen.

Noch ein Kriegsschiff.

Am London, 9. Januar. Reuters. Kronminister G. H. Roberts sprach in einer Kassenverammlung zu Bismarck über die Kriegslage. Er sagte, man könne nicht in Friedensverhandlungen eintreten, die Seiten nicht wiederhergestellt und vollständig einseitig sei. Es könne nicht Friede sein, die Kriegsschiffe an Frankreich zurückgegeben sei. Jedes Zeichen von Unmündigkeit in England würde die Friedensverhandlungen für England weniger befriedigend gestalten. Er sei über, daß der Friede nie sicher und dauernd sein werde, ehe nicht Deutschland geschlagen sei.

Kleine Mitteilungen.

Am Berlin, 10. Januar. Es schließt sich, daß die Franzosen bei ihrem Angriff mäßig waren am 8. Januar, der mit einer heftigen Niederlage endete, außerdem ist hohe Verluste erlitten haben. In einem anderen Abschnitt wurden allein über 100 tote Franzosen erreicht. Sehr interessant ist demgegenüber die Angabe des Hauptquartiers vom 10. Januar 4 Uhr vormittags, der meldet, daß die Verluste der Franzosen außer einigen Leichterwunden nur sechs Tote betragen hätten.

Am Berlin, 10. Januar. Am 18. Januar fährt sich zum ersten Male der Tag, an dem die Entente eintrifft, ein heftiges, das Dardanellen-Gebiet aufzubrechen, ein Unternehmen, dessen unvollständiger Ausgang von der russischen Seite als „unvollständiges Misserfolg“ bekannt wurde. 30000 Mann hatten die Engländer und Franzosen auf den russischen Seiten Gollpitschen lassen müssen, 12 feindliche Panzerfahrzeuge und Kreuzer, 17 Torpedoboote und etwa 20 Kanonen- und Torpedobatterien waren in den Operationen von der türkischen Artillerie und den deutschen U-Booten zerstört oder schwer beschädigt worden, während die Kosten der österreichischen Expedition sich auf rund fünf Millionen Mark beliefen.

Tages-Rundschau.

Eine Antwort Hertlings auf Wilson und Lloyd George. Das „Welt-Tageblatt“ meldet: Wie in parlamentarischen Kreisen verbreitet, hat Hertling der Reichskanzler in den nächsten Tagen, hauptsächlich am kommenden Montag, in Hauptansprache zu erscheinen, um in einer großen Rede auf die Kriegssprecher Lloyd George und Wilson zu antworten.

Die „Germania“ meldet: Die Franzosen haben die Reichstages werden fortan allabendlich im Hauptquartier um über den Fortschritt der Verhandlungen in Brest-Litowsk durch Staatssekretär von dem Bismarck unterrichtet werden.

Reise nach Berlin. Am Sonntag, an die Meldung der „Germania“, daß eine bevorstehende Reise Bismarcks nach Berlin zur Ausarbeitung mit Herrn Hertling die „Welt-Tageblatt“: Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler bei einer Berliner Reise nach Gelegenheit finden wird, sich mit dem Kaiser auszusprechen. Gegenüber den vielen Friedensstimmungen können wir nur die Hoffnung wiederholen, daß man endlich klar und deutlich dem deutschen Volke sagen möge, worin die Lage wirklich besteht, die zwischen den feindlichen Stellen herrschen sollen. Bisher hat die neue Art der vorkommenden öffentlichen Verhandlungen solcher Dinge sich durchaus bewährt. Und erlaubt man sich offen und klar, welche Normen im einzelnen erhoben werden, dann ist es auch dem deutschen Volke möglich, sich ein Urteil zu bilden.

Am Berlin, 10. Januar. Der preussische Landtagsabgeordnete Ernst Jordan v. Kreder (früher Reichstag des Abgeordnetenhauses) ist heute auf seinem Gute Bismarck (Kreis Gerdau) gestorben.

Am Berlin, 9. Januar. Reichsminister Bethel sagte dem Berliner Vertreter des „Welt-Tageblatt“: Ich kam nach Berlin, um mit dem Reichskanzler, dem Reichslandtagsabgeordneten und einer anderen zuständigen Stelle einige Angelegenheiten zu besprechen. Wir in Ungewissheit, daß mit Rückblick bald ein Frieden abgeschlossen wird. Deshalb muß man die Fragen der Kriegsschauplätze nicht weiter erörtern. Auf eine Frage wegen der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sagte der Reichsminister, daß nach seiner Meinung die Verhandlungen einen günstigen Verlauf nehmen würden. Auf beiden Seiten herrsche besonders Geduld, den wichtigsten Teil des Präliminariats unter den Augen zu bringen. Die Handelsverträge mit England ließen sich nicht so leicht als leicht annehmen, daß der Frieden abgeschlossen werden müßte. Was die Ukraine betrifft, so bemühen die Russen bisher großes Engagement und Nachdruck. Sie haben großes Interesse daran, in westliche Verträge mit Mitteleuropa zu treten. Für uns wäre es nur erfolgreich, wenn auch die selbständige Ukraine und die Hand reiche.

Sindenburg und Ludendorff.

Berlin. Der „Welt-Tageblatt“ berichtet in einem längeren Artikel die Oberste Heeresleitung mit einer Maschine, aus der ein

[illegible]

Am 18. d. M. 10. Jänner, Harald Williams, der Bericht-
erstatter des „Daily Chronicle“ in Petersburg, erklärte es für aus-
gemacht, daß Rußland den Krieg weiter führen könne. Die Be-
trachtung muß sich mit dieser Tatsache abfinden und so gut als
tatsächlich, das Gelingen der Verhandlungen in Brest-Litowsk
hoffen. „Was hat“, so schreibt der englische Bericht-
erstatter, „für den Augenblick anzuzeigen, ein europäischer Staat
sein. Rußland ist ein Staat von fast unbegrenzter, täglich zu-
nehmender Macht. Rußland geht in Größe, Größe des
Brennstoffmaterials und der Transportvermögen hat eine Ma-
schinell Fabrikation Flächen, und das Elend der Verhältnisse
nimmt täglich zu. Das Licht der Hungersnot, vor der Türe
der härteste Winter, das es hier seit Jahren gab. Der Krieg be-
steht immer noch.“ Das Komitee habe seinen Blick auf die
elementaren Verhältnisse der 7 Millionen, die einst die Waffen trugen
um gegen Deutschland zu kämpfen und nun ihr eigenes Land zu
missieren. Das Leben der Offiziere und ihrer Familien sei traurig.
Wände leben von der Arbeit ihrer Hände. Auf den Bahnen
herrsche Disziplinlosigkeit.

